

## Terminvorschau

Vom 27. Juni bis 2. Juli 1977

Montag, 27. 6.

**Vorstandssitzung der SPD**  
**Fraktionssitzung der CDU**  
**Haushalts- und Finanzausschuß**  
 Nachtragshaushaltsgesetz 1977  
 Gesetz über die Fortführung des Ausbaues von Universitäten  
 Gemeinschaftsaufgaben  
 Sonderprogramm für den Bau von Wohnungen  
 Infrastrukturkataster  
 Rationalisierung der Landesverwaltung

Dienstag, 28. 6.

**Fraktionssitzungen der CDU, der SPD und der F.D.P.**  
**Rechnungsprüfungsausschuß**  
 Landeshaushaltsrechnung 1975  
**Petitionsausschuß**  
 Petitionen

Mittwoch, 29. 6.

**Plenum** (Beginn 10.00 Uhr)  
**Verkehrsausschuß und Petitionsausschuß** (gemeinsame Sitzung)  
 Beschlußfassung zu den Petitionen zum Flughafen Düsseldorf  
**Verkehrsausschuß**  
 Bericht zum Stand der Planung des Landeplatzprojektes Nagelsholz  
**Arbeitsgruppe „Sonderschulen“**  
 Verbesserung der rechtlichen Situation der Sonderschulen

Donnerstag, 30. 6.

**Plenum** (Beginn 10.00 Uhr)  
**Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Landesbeteiligungen**  
 Überprüfung der Beteiligungen des Landes

## Pflegegeldgesetz . . .

Fortsetzung von Seite 11

eignetsten, systemgerechtesten und damit auch den richtigsten Weg". Der CDU warf Eykmann vor, der vorliegende Antrag beinhalte drei Fehler. Einmal müßte das gesamte Pflegegeld aus der Sozialhilfe ausgegliedert werden und zum anderen werde sowohl das Subsidiaritäts- als auch das Individualisierungsprinzip verletzt. Es müsse sichergestellt bleiben, daß sich Art und Umfang der Sozialleistung nach dem Einzelfall richten und nicht generalisiert würden. Ein Pflegegeldgesetz ohne Einkommensgrenzen halte die F.D.P. „letztlich sogar für sozial schädlich“. Genauso wie CDU-Generalsekretär Geißler und sein Vorgänger Biedenkopf trete er dafür ein, die vorhandenen Mittel sozialeffizienter zu verteilen.

**Georg Ehrlich** (CDU) wies darauf hin, daß Sozialminister Farthmann (SPD) mehrfach die sozialpolitische Notwendigkeit des beantragten Pflegegeldgesetzes anerkannt habe und nur wegen der Finanzsituation des Landes dagegen sei. Mit dem Pflegegeldgesetz wolle die CDU eine Lücke in der sozialen Gesetzgebung schließen.

## Porträt der Woche

Sein nach eigener Einschätzung bisher größter politischer Erfolg war nicht sein Einzug in den Landtag, den er 1975 mit fast 57 Prozent SPD-Wählerstimmen schaffte, sondern eine Zerstörung: Die von „Glabotki“, jener 200 000-Einwohner-Stadt nördlich von Essen, die nur ganze 16 Monate existierte. Die Kurzleblichkeit von Groß-Bottrop, das durch das Ruhrgebietgesetz am 1. Januar 1975 seinen fast gleichgroßen Nachbarn Gladbeck und dazu noch das kleinere Kirchhellen geschluckt hatte, ist nicht zuletzt auf den Kampf des Manfred Braun zurückzuführen.

Er gehörte zur Speerspitze der Gladbecker, die jahrelang gegen den Großstadtplan der Neuordner opponierten und die knapp zwölf Monate nach der Fusion vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster obsiegten. „Der 6. Dezember 1975 war mein schönster Tag in der Politik“, erinnert sich der heute 48jährige Sozialdemokrat an den Tag der Urteilsverkündung. Zwar verlor die Stadt ein Stück ihrer früheren Selbständigkeit und wurde in den Kreis Recklinghausen eingegliedert, aber die 82 000 Bürger, die meisten Industriearbeiter vom alten Kumpel-Schrot, behielten ihr eigenes Rathaus.

Doch es sei nicht Lokalpatriotismus gewesen „und schon gar nicht Krähwinklelei“, sagt Manfred Braun mit einem Blick zurück ohne Zorn, sondern „die Gewißheit, daß wir mit unserer Größe und Steuerkraft unsere Probleme allein besser lösen können“. Die Mehrheit der Gladbecker denkt ebenso. Bei der Neuwahl des Stadtrates im letzten Oktober konnte die SPD entgegen dem allgemeinen Trend ihren Anteil noch um drei Prozent verbessern, so daß im geretteten Rathaus jetzt von 51 Stadtvätern 31 Sozialdemokraten sind. Und Manfred Braun ist, wie schon seit Beginn dieses Jahrzehnts, ihr Fraktionschef. Der „starke Mann“ in Gladbeck, hier geboren und aufgewachsen und als Vermessungstechniker des RWE auch stets hier geblieben, führt auch den SPD-Ortsverein Stadtmitte und ist stellvertretender Stadtverbandsvorsitzender. Zwar ist er „unbedingt gegen Ämterhäufung, aber wenn man einmal drin ist, ergibt sich manches zwangsläufig“.

Dabei ist Manfred Braun eigentlich ein „Spätstarter“. Obwohl er



Manfred Braun (SPD)

schon 1948 als 20jähriger der Gewerkschaft ÖTV beitrug, hatte er hier „nie eine Funktion“ und übte auch auf politischem Feld bis 1966 völlige Abstinenz. Dann trat er der SPD bei, „weil man nicht immer nur kritisieren kann, sondern sich auch selbst engagieren muß, wenn man etwas verändern will“. Er wollte etwas verändern, wurde 1969 direkt in den Stadtrat gewählt und gleich stellvertretender Fraktionssprecher, zwei Jahre später war er der maßgebende SPD-Mann im Gladbecker Rat.

Der begeisterte Sportler, der früher selbst Fußball gespielt hat („Rechtsaußen, was aber nie Rückschlüsse auf meine politische Einstellung zuließ“) und Fan des FC Schalke 04 im benachbarten Gelsenkirchen, hat dafür gesorgt, daß in Gladbeck „vorbildliche Sportanlagen gebaut wurden, die landesweite Anerkennung finden“, hat sich aber auch „um allgemeine Verbesserung der Infrastruktur“ gekümmert. Sein zufriedenes Fazit: „Wir können uns gegenüber unseren wesentlich größeren Nachbarstädten durchaus sehen lassen.“

Mit viel Fleiß engagiert sich Manfred Braun in der Politik. Auch im Landtag gehört er als Newcomer gleich drei Ausschüssen an, dem für Landesplanung und Verwaltungsreform, dem Innen- und dem Petitionsausschuß. Er sei nach Düsseldorf gekommen, um zu arbeiten und nicht, um nur „die Diäten abzuholen“, sagt er. Vom Vollzeitparlamentarier hält er dennoch nichts: „Wissen Sie, dazu ist die Wählergunst doch viel zu schwankend. Und wenn man auch nur für wenige Tage aus dem Beruf aussteigt, verliert man leicht den Kontakt zur Entwicklung.“ Karlegon Halbach